

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 21.06.2022

Öffentlicher Teil

TOP . Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

Frau Sauerwein weist darauf hin, dass in der Presse und in einigen Gremien über ein neues Wohnprojekt berichtet worden sei, das in Wehringhausen geplant sei. Sie fragt, warum das nicht in diesem Ausschuss Thema sei. Das Projekt und das Thema Wohnen generell enthielten viele sozialpolitische Komponenten, die im Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie eine Rolle spielen sollten. Bekannt sei, dass es einen großen Mangel an Sozialwohnungen und bezahlbarem barrierefreien Wohnraum für Ältere und Menschen mit Behinderungen in Hagen gebe. Sie schlage vor, das Projekt und die damit gemachten Erfahrungen im Ausschuss vorzustellen.

Herr Goldbach erklärt, dass es sich um eine laufende Vorlage handle, die nicht vom Fachbereich Jugend und Soziales, sondern vom Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und Bauordnung erstellt worden sei. Die Beratung der Vorlage sei allerdings in dieser Woche abgeschlossen. Er könne das zuständige Fachamt bitten, das Projekt hier im Ausschuss vorzustellen.

Frau Engelhardt schlägt vor, das Projekt im Auge zu behalten. Sobald die Planungsphase abgeschlossen sei, könne es hier im Ausschuss vorgestellt werden.

Herr Arnusch berichtet, dass es ein Heim auf der Wilhelmstraße / Unternahmerstraße in Hohenlimburg gebe. Dort seien Obdachlose und wohnungssuchende Menschen untergebracht. Hier sei es in der Vergangenheit immer wieder zu Tumulten und in der Umgebung zu Fahrraddiebstählen gekommen. Die Anwohner*innen fühlten sich teilweise bedroht. Soweit er wisse, liege der Verwaltung bereits eine Anfrage der Presse vor. Er fragt, ob die Verwaltung die Möglichkeit habe, mit verschiedenen Maßnahmen Abhilfe zu schaffen.

Frau Keller berichtet, dass die Anfrage der Presse heute beantwortet worden sei. In der Unternahmerstraße seien 25 Personen aus 5 unterschiedlichen Haushalten untergebracht. Die Problematik sei bekannt. Man sei dort neben den Objektbetreuern mit Sozialarbeitern vor Ort. Perspektivisch könne man mit einem Förderprogramm „Endlich ein Zuhause“ das Personal aufstocken. Die Sozialarbeiter hätten regelmäßige Sprechzeiten und versuchten, die Situation ein wenig zu entspannen. Man sei auch in der Konfliktvermittlung aktiv. Die Maßnahmen brauchten allerdings Zeit, bis sie Wirkung zeigten.

